

II-6424 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 32041J

1992 -06- 2 6

## Anfrage

der Abgeordneten Madeleine Petrovic und FreundInnen

an den Minister für Inneres

betreffend: Unmenschliche bürokratische Schikanen bei Polizeikommissariaten

Entgegen den von allen politischen Kräften abgegebenen Beteuerungen, etablierte GastarbeiterInnen im Interesse der Betroffenen und der österreichischen Wirtschaft rasch und bestmöglich integrieren zu wollen, werden in der Vollziehung unnötige - letztlich die SteuerzahlerInnen belastende und für die Betroffenen unmenschliche - Behördenpraktiken seit Jahren toleriert, ja geradezu bewußt in Kauf genommen (siehe etwa die Kopie der beiliegenden Kolumne "Menschlich betrachtet", deren inhaltliche Richtigkeit von der fragstellenden Abgeordneten aus zahlreichen eigenen Wahrnehmungen bestätigt werden kann).

Diese Mißstände in der Vollziehung ließen sich mit etwas gutem Willen ohne jeglichen Mehraufwand rasch abstellen und würde zu einem besseren Arbeitsklima in den Ämtern führen. Stattdessen werden Nummernsysteme abgeschafft, spezielle - und besonders überlastete - AusländerInnenschalter geschaffen und so offenbar die von führenden SP-Politikern angekündigten Schikanen, um AusländerInnen den Aufenthalt in Österreich tunlichst zu verleiden, in die Tat umgesetzt. Den betroffenen AusländerInnen gegenüber erscheint dies nicht nur unmenschlich, sondern in höchstem Maße ungerecht, da die AusländerInnen aufgrund ihrer schlechteren rechtlichen Absicherung in Summe um Milliardenbeträge mehr in das System der österreichischen Sozialversicherung (und damit indirekt in das Budget) einzahlen als sie erhalten. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher die folgende

### Anfrage:

1. Halten Sie derartige Vollzugspraktiken für vereinbar mit einer modernen, bürgerfreundlichen und einem demokratischen Land würdigen Verwaltung? Wenn ja, worauf gründet sich Ihre Auffassung?
2. Warum ist es nicht möglich, zum Schutz der BeamtInnen und der Betroffenen eine Terminliste zu führen, d.h. Termine zu vereinbaren?

- 2 -

3. Nach dem Bundeshaushaltsrecht sind Sie verpflichtet, Kosten/Nutzen-Überlegungen hinsichtlich sämtlicher Verwaltungsvorgänge anzustellen. Wie hoch schätzen Sie daher den volkswirtschaftlichen Schaden, der dadurch entsteht, daß viele AusländerInnen stunden- oder auch tagelang von der Arbeit fernbleiben müssen, um Behördenwege zu erledigen und oftmals - mangels Wartenummern und mangels Terminvereinbarungsmöglichkeit - unverrichteter Dinge wieder abziehen zu müssen ?
4. Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit für AusländerInnen bei den Visaabteilungen in den einzelnen Wiener Kommissariaten ?
5. Warum ist es nicht möglich, im Rahmen eines Terminvereinbarungssystems auch die mit AusländerInnenangelegenheiten weniger befaßten Kommissariate, welche aber sehr wohl über derartige Planposten verfügen, durch einen Ausgleich zwischen den Bezirken in eine gleichmäßige Aufgabenverteilung einzubeziehen ?
6. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß eine zentrale Terminvereinbarung im Interesse der Betroffenen, aber auch im Interesse einer steuersparenden und reibungsärmeren Abwicklung dieser Verwaltungsaufgaben raschest eingeführt wird ? Wenn nein, warum nicht ?

KRONE, Sa, 20.6.92

**Menschlich  
betrachtet**VON  
OMBUDSMAN  
REINALD HÜBL**Um ein Uhr nachts  
bei der Glastür**

CLAUDIA ist Sozialarbeiterin. Sie wohnt in Wien-Ottakring. Privat ist Claudia sehr verliebt, bereits verlobt und wird demnächst heiraten.

Ihr Problem: „Ihr Zukünftiger“ ist jugoslawischer Staatsbürger.

Oje.

Das gibt Schwierigkeiten, ist doch klar. Vorsprachen beim Polizeikommissariat in der Grubergasse sind erforderlich. Der Papierkrieg halt. Viele Leute haben dort zu tun. Paßangelegenheiten, Visa-Anträge, Meldezettel.

Seit erstem April gibt es keine Wartenummern mehr. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Die ersten kommen jetzt schon um ein Uhr nachts, bereit, sich sieben Stunden anzustellen, bis um acht das Amt öffnet.

Da drängt sich dann eine österreichisch-ausländische Petenten-Menschentraube, 50 bis 100 Personen, durch eine Glastür, die jeden Moment zu zersplittern droht unter dem Druck der in die Amtsstuben Striebenden.

Aggressionen kommen auf. Die ohnedies überlasteten Beamtinnen und Beamten bekommen sie zu spüren. Die Atmosphäre ist feindselig, unmenschlich und einer modernen, bürgerfreundlichen Verwaltung in einem demokratischen Land unwürdig.

Claudia ist beruflich selbst Amtsperson. Gewohnt, mit Menschen konfrontiert zu werden, die Probleme haben. Sie fragt: „Bitte kann man das nicht ändern?“ Dutzende Unterschriften stehen unter ihrer.

Bürokratie kann herzlos sein. Hier ist das der Fall.